

**Mit Kopf, Herz und Hand:
Wege aus der Krise in der Volksschule**



Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei

Januar 2026

Worum geht es?

Die Schweizer Volksschule, einst ein Garant für eine fundierte Grundbildung und ein Sprungbrett für den gesellschaftlichen Aufstieg, befindet sich in einer tiefen und alarmierenden Krise. Ideologische Experimente, realitätsferne Ansprüche und die unkontrollierte Zuwanderung haben das Bildungsniveau massiv gesenkt und die bewährten Strukturen unseres Bildungssystems systematisch untergraben.

Wir alle stehen in der Verantwortung, diese beunruhigenden Entwicklungen zu benennen und konkrete, umsetzbare Lösungen zu präsentieren. Als Partei, die sich seit jeher für die Wahrung schweizerischer Werte einsetzt, können wir nicht tatenlos zusehen, wie das Fundament unserer Gesellschaft – die Bildung unserer Kinder – systematisch zerstört wird.

Der erste Teil dieses Papiers ist eine Problemanzeige. Im Vordergrund stehen die Rückmeldungen, die die SVP von ihren Bildungsverantwortlichen, Lehrern und Eltern erhalten hat.¹ Jedes Beispiel ist wie ein Mosaiksteinchen. Zusammen ergeben diese Beispiele ein Gesamtbild der Krise der Volksschule.

Im zweiten Teil werden die konkreten Lösungen der SVP formuliert. Dabei geht es vor allem um den Spracherwerb, die gute Gestaltung des Lernfortschritts und die Leistung des Einzelnen. Diese Lösungen stehen unter der Prämisse, dass für die Volksschule der Föderalismus gilt und die Qualität in der Bildung vorantreibt.

¹ [SVP Schweiz - Schule in Not – Zeit für einen Aufbruch](#)

Inhalt

Teil 1. Problemanzeige: Die Krise der Schweizer Volksschule	4
1.1 SVP-Bildungsfachleute decken Probleme in der Volksschule auf	4
1.2 Studien bestätigen den Niedergang der Volksschule	5
1.3 Die Krise der Volksschule wird in den Medien breit diskutiert	8
1.4 Lehrpersonen appellieren an die Politik: Fragen bleiben aktuell	9
1.5 Zuwanderung als Belastung für das Bildungssystem	10
1.6 Gescheiterte Bildungsreformen haben verheerende Folgen.....	11
Teil 2. Lösungen: Für eine starke und zukunftsfähige Volksschule	13
2.1 Der Föderalismus hat Vorrang	13
2.2 Schüler müssen die Unterrichtssprache beherrschen	13
2.3 Die elterliche Verantwortung muss durchgesetzt werden	14
2.4 Der Anteil fremdsprachiger Kinder in Schulklassen ist zu beschränken	14
2.5 Die individuelle Leistung ist zu honorieren	15
2.6 Die Volksschule muss sich aufs Wesentliche konzentrieren.....	16
2.7 Die Lehrperson ist zu stärken	16
2.8 Der integrative Unterricht ist gescheitert und muss beendet werden.....	17
2.9 Der Lehrplan 21 ist konsequent zu überarbeiten	17
2.10 Die Qualität der Schule ist durch externe Evaluatoren zu sichern.....	18
2.11 Der Bildungsföderalismus ist zu fördern – nationale Programme sind abzubauen	18
2.12 Die Lehrerausbildung muss praxisorientiert sein.....	18
2.13 Die Finanzierung der Schule muss auf Effizienz und Ergebnisse fokussieren	19
2.14 Es braucht eine leistungsorientierte Mittelverteilung	19
2.15 Es braucht Offline-Inhalte, Interaktionen und handwerkliches Tun.....	19
2.16 Talentförderung muss Teil des schulischen Auftrags sein.....	20
2.17 Frühe Berufsorientierung schafft Perspektiven.....	21
2.18 Die Kinder müssen in Bewegung bleiben	21
3. Fazit: Besinnung auf schweizerische Stärken	21
Anhang: Übersicht und Gruppierung der Forderungen im 2. Teil.....	23

Teil 1. Problemanzeige: Die Krise der Schweizer Volksschule

1.1 SVP-Bildungsfachleute decken Probleme in der Volksschule auf

Die Volksschule erfüllt ihre primäre Aufgabe, die Qualifikation, nicht mehr.

Im Jahr 2025 führte die SVP Schweiz eine Umfrage unter ihren Bildungsexperten durch. Konsultiert wurden Menschen in Lehrerberufen sowie politische Mandatsträger, etwa kantonale Schulräte oder Schulkommissionsmitglieder. Sie haben alle frei und in konkreten Beispielen die Probleme in der Schweizer Volksschule beschrieben. Sie sind eklatant. Die häufigsten Problemfelder, die genannt wurden, sind:

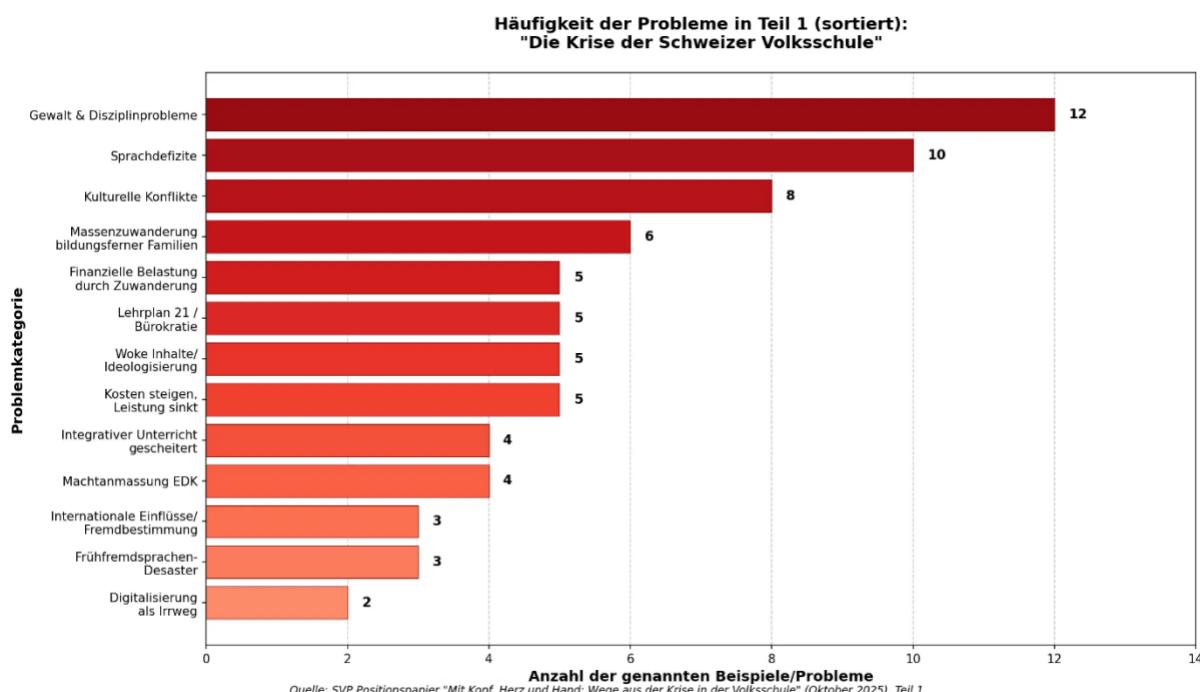


Abbildung 1: Häufigkeit der genannten Probleme in der Volksschule; Umfrage unter SVP-Bildungsfachleuten im Jahr 2025. Quelle: Eigene Grafik.

Die Häufigkeitsverteilung der genannten Probleme ist auffällig. Viele der häufig genannten Probleme haben mit der Massenzuwanderung zu tun: Sprachdefizite, kulturelle Konflikte oder die Massenzuwanderung bildungsferner Familien. Doch auch die Bildungsbürokratie ist ein Problemfeld. Dazu gehören etwa der Lehrplan 21, die steigenden Kosten im Bildungssystem, die Rolle der Erziehungsdirektorenkonferenz, die Einfluss auf die Volksschule nehmen. Das dritte grosse Problemfeld betrifft den Zeitgeist. Politisch motivierte Inhalte im Unterricht und unreflektierter Digitalisierung sind hier die wichtigsten Punkte.

Die Umfrage unter den SVP-Bildungsfachleuten zeigt ein alarmierendes Bild: Die Schweizer Volksschule ist in der Krise. Viele Antworten sprechen sogar von einem «Desaster».

1.2 Studien bestätigen den Niedergang der Volksschule

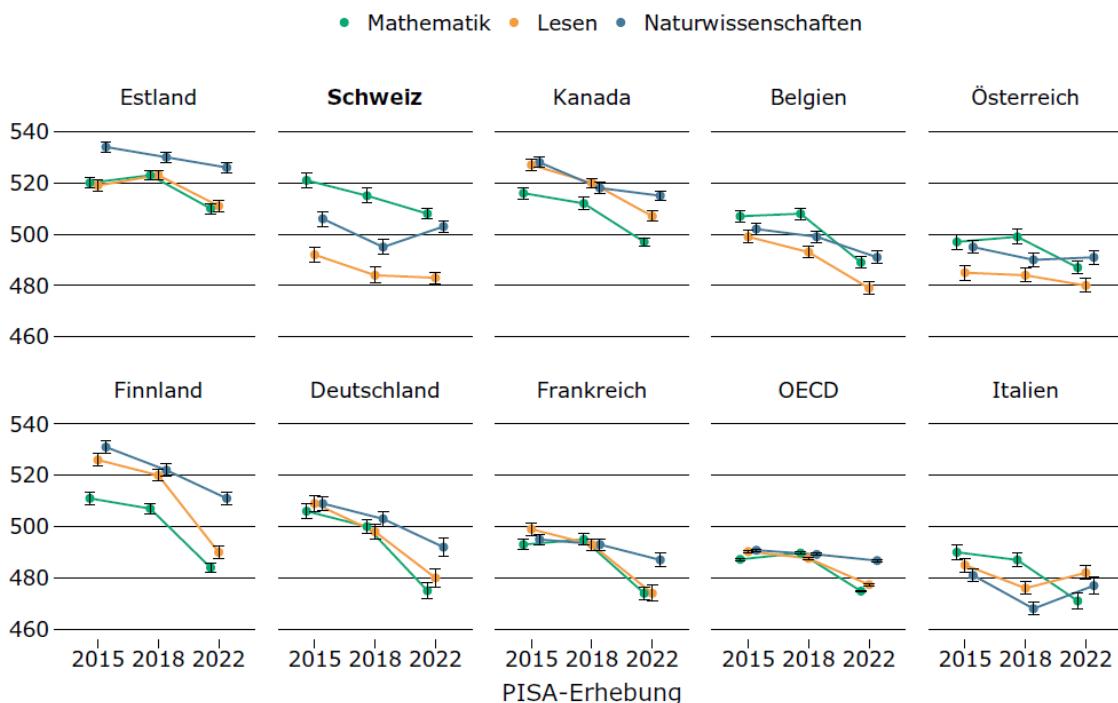
Dieses Bild wird genauso von Institutionen gezeichnet, die nicht SVP-nahe sind. Grossangelegte Vergleichsstudien bestätigen den Leistungsabbau der Volksschule in der Schweiz.

Die **PISA-Studie 2022** vergleicht seit 2015 Leistungen in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften zwischen verschiedenen Ländern:²

- Die Mathematikleistungen der Schweizer Schülerinnen und Schüler zeigen einen statistisch signifikanten Rückgang. Im Jahr 2015 erreichten die 15-Jährigen durchschnittlich 521 Punkte, 2018 waren es 515 Punkte und 2022 nur noch 508 Punkte. Dies entspricht einem Rückgang um 13 Punkte innerhalb von sieben Jahren. Der Anteil leistungsschwacher Schüler stieg von 16% (2015) auf 19% (2022), während der Anteil leistungsstarker Schüler von 19% auf 16% sank.
- Die Lesekompetenz zeigt ebenfalls eine negative Entwicklung. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die das Mindestniveau nicht erreichen, stieg statistisch signifikant von 20% (2015) auf 25% (2022). Das bedeutet: Jeder vierte Schweizer Jugendliche kann nicht ausreichend lesen.
- Die Leistungen in den Naturwissenschaften sanken von 506 Punkten (2015) auf 495 Punkte (2018), erholten sich jedoch 2022 wieder auf 503 Punkte. Diese Stagnation ist nur ein schwacher Trost und kann den Leistungsabfall in Mathematik und Lesen keinesfalls kompensieren.

² Erzinger, A.B., Pham, G., Propsperi, O. & Salvisberg, M. (2023). *PISA 2022. Die Schweiz im Fokus*. Universität Bern.

Durchschnittliche Leistung im Trend für alle drei Domänen von PISA 2015 bis PISA 2022 in der Schweiz und in den Vergleichsländern



Anmerkung: In der Abbildung sind nur die Standardfehler jeder Messung dargestellt. Die Standardfehler der Differenzen sowie die Link Errors sind nicht grafisch dargestellt. Bei der Interpretation der grafischen Darstellung muss berücksichtigt werden, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf der y-Achse nur eine Spannweite von 80 Punkten der globalen PISA-Skala abgebildet wurde. Die Länder sind nach absteigendem Mittelwert in Mathematik in PISA 2022 angeordnet.

Abbildung 2: Durchschnittliche Leistungen im Trend für alle drei Domänen von PISA 2015 bis PISA 2022. Quelle: PISA 2022 (2023), S. 31.

In der Schweiz wird gerne betont, dass das Land trotz des Leistungsabfalls besser abschneidet als die meisten anderen europäischen Länder. Das stimmt nur bedingt. Die Schweiz ist eindeutig in der europäischen Spitzengruppe, doch sie ist nicht allein spitz. In der Mathematik wird sie etwa von Estland überholt. Im Lesen wird sie auch vom Vereinigten Königreich, Finnland und – aussereuropäisch – von den USA überholt. Zieht man den Vergleichsradius weiter, wird die Schweiz in allen Kategorien systematisch von asiatischen Ländern übertrumpft. Das kann nicht unser Ziel sein.

Die **Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen ÜGK 2023** testete rund 18'500 Schülerinnen und Schüler am Ende des 11. Schuljahres in 1'800 Schulen. Auch diese Ergebnisse zeigen erhebliche Defizite:³

³ Erzinger, A. B., Angelone, D., Locher, F. M., Prosperi, O., Salvisberg, M., & Tomasik, M. J. (Hrsg.). (2025). Nationaler Bericht zu der Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen (ÜGK) 2023, Sprachen 11. Schuljahr: ein Beitrag zum Schweizer Bildungsmonitoring. Interfaculty Centre for Educational Research (ICER), Universität Bern.

- Schulsprache (Lesen): Schweizweit erreichen 82% der Schüler die Grundkompetenzen im Lesen. Das bedeutet, dass 18% die Grundkompetenzen nicht erreichen. Die Variation zwischen den Kantonen ist erheblich (69% bis 87%).
- Orthografie: In der deutschen Orthografie erreichen 84% die Grundkompetenzen (16% nicht). Besonders alarmierend sind die Ergebnisse in der französischen Orthografie: Nur 41% erreichen die Grundkompetenzen, was bedeutet, dass 59% sie nicht erreichen.
- Fremdsprachen: Im Leseverstehen der Fremdsprache Deutsch erreichen nur 52% die Grundkompetenzen (48% nicht). Im Hörverstehen sind es 58% (42% nicht).

Die Zusammenfassung der Ergebnisse wiederholt das – in klausulierter Sprache –, was die SVP-Bildungsfachleute bestätigen. Die fehlende Beherrschung einer Landessprache und die Massenzuwanderung führen zu erheblichen Minderleistungen:

Ausgewählte Ergebnisse aus dem nationalen Erstbericht zur ÜGK 2023

Unterschiede im Erreichen der Grundkompetenzen nach der zu Hause gesprochenen Sprache der Schülerinnen und Schüler sind bei statistischer Kontrolle des Geschlechts, der sozialen Herkunft und des Migrationshintergrunds vor allem in den beiden Kompetenzbereichen Lesen in der Schulsprache (L1) und Orthografie in der Schulsprache (L1) feststellbar. Die grössten – und auch statistisch signifikanten – Unterschiede in den beiden Kompetenzbereichen zeigen sich dabei zwischen Schülerinnen und Schülern, die zu Hause ausschliesslich die Schulsprache sprechen, und solchen, die zu Hause ausschliesslich mindestens eine andere Sprache als die Schulsprache sprechen, wobei letztere die Grundkompetenzen deutlich weniger oft erreichen.

Mit Blick auf den Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler treten bei statistischer Kontrolle des Geschlechts, der sozialen Herkunft und der zu Hause gesprochenen Sprache die grössten – und auch statistisch signifikanten – Unterschiede in den Kompetenzbereichen Lesen in der Schulsprache (L1) sowie Leseverstehen und Hörverstehen der Fremdsprache (L2/L3) Deutsch auf, wobei vor allem Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund der ersten Generation im Vergleich zu solchen ohne Migrationshintergrund die Grundkompetenzen weniger oft erreichen.

Abbildung 3: Auszug aus der Zusammenfassung ÜGK 2023. Quelle: <https://www.uegk-schweiz.ch/uegk-2023/>

Eine eingehende Analyse dieser Ergebnisse zeigt einen Leistungsabfall in allen Kantonen. Er findet statt unabhängig der eingesetzten Ressourcen, der departmentalen Einbindung der Schule, des Autonomiegrads oder anderer Faktoren. Die Volksschule verliert überall an Leistungsfähigkeit.

Die Ergebnisse dieser Studien fasst der renommierte Bildungsexperte Stefan Wolter zusammen, wenn er in einem Interview mit der NZZ (22.5.25) konstatiert:

«De facto sind wir in der Schweiz alle schlechter geworden.»⁴

⁴ [Schweizer Bildungskrise: mehr Gutausgebildete, schlechtere Leistungen](#)

1.3 Die Krise der Volksschule wird in den Medien breit diskutiert

Die Krise in der Volksschule ist mittlerweile unübersehbar. Die Presse, sogar linke Blätter, diskutiert sie breit, wie folgende Beispiele es auf den Punkt bringen:

Massive Probleme bei Einschulung

Jedes dritte Kind kann nicht richtig Deutsch!

Abbildung 4: Schlagzeile Blick, 27.10. 2025. Quelle: <https://www.blick.ch/politik/massive-probleme-bei-einschulung-jedes-dritte-kind-kann-nicht-richtig-deutsch-id21361408.html>

- «Dauert die jetzige Situation an, droht ein Scherbenhaufen»: Integrierte Schule bringt Lehrpersonen an den Anschlag, 08.08.2024, Aargauer Zeitung
- Krise in der Volksschule: Ist die «Schule für alle» gescheitert?, 29.10.2024, Radio SRF 1
- An dieser Luzerner Strasse hat kein Kind Muttersprache Deutsch, 11.02.2025, Nau.ch
- Harcèlement entre élèves: comment les écoles romandes ont renforcé leur arsenal, 17.02.2025, Le Temps
- Les défis des patrons face à leurs nouveaux apprentis, 12.06.2025, Bilan
- «Niveau im Sinkflug»: Schulkinder haben immer mehr Mühe mit Deutsch, 16.08.2025, Tagesanzeiger
- Rentrée scolaire: On demande une multitude de compétences aux élèves, il va falloir faire des choix, 17.08.2025, Le Temps
- Mehr Lehren, weniger Integration: Die Schulen brauchen eine Rückbesinnung aufs Wesentliche, 25.08.2025, NZZ
- «Vor lauter Reformen und Integration ging vergessen, worum es in der Schule geht: ums Lernen», 27.08.2025, Tagesanzeiger
- «Mi sono sentito un fallito», 03.09.2025, RSI Info
- Suisse: un jeune sur quatre ne sait pas bien lire, 16.09.2025, 24 Heures
- Docenti ticinesi sommersi da lavoro e burocrazia?, 22.09.2025, RSI Info
- «Jedes dritte Kind kann nicht richtig Deutsch», 27.10.2025, Blick
- A bout, les profs neuchâtelois craquent face aux élèves ingérables, 06.11.2025, Blick.fr
- Ausländische Kinder kommen in der Schule sprachlich nicht nach, 03.12.2025, Watson
- Sprachkompetenzen von Kindern mit Migrationshintergrund klaffen auseinander, 03.12.2025, BZ Basel



KOMMENTAR

von Sebastian Briellmann

Die integrative Schule ist ein pädagogischer Sündenfall. Die Befürworter stehlen sich aus der Verantwortung. Sie wollen Kinder wie Erwachsene behandeln, obschon bei diesen «überdiagnostiziert» wird.

25.08.2025, 05.30 Uhr ⏱ 6 min Hören 87

Abbildung 5: Schlagzeile NZZ, 25.08.2025. Quelle: <https://www.nzz.ch/meinung/mehr-lehren-weniger-integration-die-schulen-brauchen-eine-rueckbesinnung-auf-wesentliche-ld.1898574>

1.4 Lehrpersonen appellieren an die Politik: Fragen bleiben aktuell

Besonders beeindruckend, aber keinesfalls ein Einzelfall, ist der Brief der Lehrerschaft der Schuleinheit Barblan in Chur an die städtische Schuldirektorin. Auf der ersten Seite macht die Lehrerschaft eine klare Problemanzeige:

Lehrerschaft
Der Schuleinheit Barblan
Barblanstrasse 17
7000 Chur

Frau
Ursina Patt
Schuldirektorin Stadtschule Chur
Rathaus Poststrasse 33
Postfach 810
7001 Chur

Chur, 25.Jubi 2021

Geschätzte Ursina

Kurz vor Ende des Schuljahres 2019/20 haben einige Vertreter*innen der Lehrerschaft des Schulhauses Barblan mit Frau Martina Staiger ein Gespräch geführt. Inhalt dieser Unterredung war unter anderem der grosse Anteil fremdsprachiger Schüler*innen und die damit verbundenen Schwierigkeiten einen regulären Unterricht durchzuführen.

Das Problem der fehlenden Deutschkenntnisse unserer Schüler*innen beschäftigt uns schon seit Jahren. Dieser Umstand hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren verschärft. Wir müssen feststellen, dass wir Klassen haben, in denen es kaum Eltern mit deutscher Muttersprache gibt. So ist das wichtige «Bad in der deutschen Sprache» nicht mehr möglich. Oft hören die Kinder nur noch von den Lehrpersonen grammatisch korrekt gesprochenes Deutsch. Die Problematik fehlender Deutschkenntnisse ist inzwischen so gross, dass wir die obligatorischen Lehrmittel auf Grund des fehlenden Wortschatzes nur überarbeitet einsetzen können. Seit Jahren sind wir Lehrer*innen des Schulhauses Barblan Meister*innen im Anpassen der Lernziele. Nun stossen wir jedoch an Grenzen, wissen nicht mehr, wie wir den Lernstoff sprachlich noch weiter vereinfachen können. Obwohl die Kindergärtnerinnen, die Klassenlehrpersonen, die Fachlehrkräfte, die Heilpädagog*innen und die Schulleiterin gemeinsam die Förderung der Deutschkenntnisse als Schwerpunkt im Schulprogramm unseres Schulhauses festlegten, bereitet es grosse Schwierigkeiten den Lehrplan in unserem Unterricht umzusetzen.

Nicht zu unterschätzen sind auch die sozialen, religiösen und kulturellen Probleme, welche viele unserer Schüler*innen belasten und bei ihnen auch zu Verhaltensauffälligkeiten führen. Zunehmend unterrichten wir auch traumatisierte Kinder aus traumatisierten Familien, die Kriegs- und Fluchterlebnisse zu verarbeiten haben und hätten.

Abbildung 6: Brief der Lehrerschaft Barblan an die Schuldirektorin Chur, Seite 1. Quelle: Brief

Das Lösen dieser Probleme liegt eindeutig ausserhalb des Kompetenz- und Verantwortungsbereichs der Lehrerschaft. Deshalb wendet sie sich mit ganz konkreten Fragen an ihre Führung:

Wie können wir diesen Schwierigkeiten im Schulhaus Barblan begegnen?

Wir stellen Ihnen dazu folgende Fragen:

- Wie gross darf der Anteil von fremdsprachigen Kindern in einer Klasse sein?
- Wie gross dürfen Klassen sein, in denen die grosse Mehrheit der Kinder fremdsprachig ist?
- Wie viele Kinder mit integriertem Förderbedarf, sei es mit oder ohne Lernzielanpassungen, erträgt eine Klasse?
- Wie viele ISS-Kinder dürfen in einer Klasse betreut werden?
- Wie viele Lehr- und Betreuungspersonen, die gleichzeitig im Schulzimmer sind, wirken lernfördernd?
- Wohin können wir Kinder überweisen, welche für eine Klasse nicht mehr tragbar sind, wenn Time-Out- oder Time-Win- Klassen keine Schüler*innen mehr aufnehmen?
- Können wir in unserem Schulhaus noch von Chancengerechtigkeit sprechen?
- Müssen wir uns weiterhin Sorgen, um die Gesundheit von Lehrerkolleg*innen machen?

Im Anhang können Sie sich über unsere Klassenzusammensetzungen ein Bild verschaffen, welches Ihnen aufzeigt, warum wir uns zu solchen Fragen veranlasst fühlen.

Wir danken Ihnen, dass Sie unsere Anliegen und Sorgen ernst nehmen. Wir hoffen, dass wir so gemeinsam, diese für Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen schwierige Situation im Schulhaus Barblan verbessern können.

Gerne erwarten wir Ihre Antwort und sind für weiterführende, lösungsorientierte Gespräche bereit.

Mit freundlichen Grüßen
Die Lehrerschaft der Schuleinheit Barblan

Kopie an:
Patrick Degiacomi, Stadtrat Departement Bildung Gesellschaft Kultur
Corina Cabalzar, Mitglied Bildungskommission
Regula Flüeler, Schulleiterin Schuleinheit Barblan

Abbildung 7: Brief der Lehrerschaft Barblan an die Schuldirektorin Chur, Seite 2. Quelle: Brief

Diese Fragen bleiben aktuell – auch, weil die Politik sie bisher nicht beantwortet hat. Mehr noch: Lange hat die Politik nur gute Miene zum bösen Spiel gemacht und die Probleme der Volksschule schöngeredet. Die Probleme sind geblieben und grösser geworden.

Man kann diese Probleme in zwei grosse Felder einteilen:

- Die Zuwanderung ist eine Belastung für das Bildungssystem
- Die gescheiterten Bildungsreformen haben verheerende Folgen.

1.5 Zuwanderung als Belastung für das Bildungssystem

Die unkontrollierte Zuwanderung der letzten Jahrzehnte hat das Schweizer Bildungssystem an seine Grenzen gebracht und das Bildungsniveau dramatisch gesenkt. Was einst von linken Politikern und Bildungsideologen als kulturelle Bereicherung angepriesen wurde, erweist sich

heute als massive strukturelle Belastung für Schulen, Lehrpersonen und einheimische Schülerinnen und Schüler. Die Zuwanderung belastet die Volksschule auf verschiedene Arten:

- **Hoher Ausländeranteil ohne Sprachkenntnisse in Schulklassen verunmöglicht das Lernen:** Ein hoher Ausländeranteil in Schulklassen geht oft mit mangelnden Kompetenzen in der Unterrichtssprache einher. Wenn Kinder nicht verstehen, was Lehrer unterrichten, können sie nicht lernen. Wenn Lehrer vor jeder Fachstunde noch eine Deutschstunde geben müssen, verlangsamen sie die Lernfortschritte der Kinder, die die Unterrichtssprache beherrschen.
- **Bildungsferne Familien geben den Kindern wenig Halt:** Besonders problematisch ist der kontinuierlich wachsende Anteil an Kindern aus sogenannten «bildungsfernen» Familien. Diese Ferne ist unter den Zuwanderer-Familien weitaus verbreiteter als unter Familien, in denen die Eltern die Schulen in der Schweiz besucht haben.
- **Zuwanderung führt zur finanziellen Belastung der Schule:** Die finanziellen Auswirkungen der Zuwanderung auf die Volksschule sind dramatisch und messbar. Dabei geht es einerseits um die höheren Kosten des zusätzlichen Sprachunterrichts. Andererseits generieren auch die zusätzlichen Förder- und Inklusionsmassnahmen Kosten. Selten findet eine Erfolgskontrolle statt.
- **Zuwanderung führt zu Gewalt- und Disziplinproblemen in der Schule:** Die Gewaltstatistiken in Schweizer Schulen zeigen eine beunruhigende Entwicklung. Es kommt zu immer mehr Gewalt in der Schule. Dabei drangsaliert Schüler – in den meisten Fällen mit ausländischem Hintergrund – andere Schüler. Die Schulen scheuen sich dabei, Disziplin durchzusetzen.
- **Zuwanderung führt zu kulturellen Konflikten in der Schule:** Die kulturellen Konflikte in den Schulen spitzen sich zu. Dabei geht es sowohl um Schüler, die Lehrer nicht befolgen wollen, als auch um Eltern, die sich gegen die Schule stellen. Generelle Muster der Ablehnung fachlicher Schulbildung werden immer deutlicher.

1.6 Gescheiterte Bildungsreformen haben verheerende Folgen

Die Schweizer Bildungslandschaft wurde in den letzten zwei Jahrzehnten von einer Welle ideologischer Reformen erfasst, die das Bildungsniveau systematisch und nachweisbar gesenkt haben. Diese Reformen, oft unter dem verführerischen Deckmantel der Modernisierung und Internationalisierung vorangetrieben, haben sich als kostspielige und schädliche Experimente erwiesen, die der Bildungsqualität massiven Schaden zugefügt haben. Dazu gehören:

- **Der Lehrplan 21 als Bürokratiemonster:** Lehrkräfte verbringen mehr Zeit mit Dokumentation, Kompetenzrastern und administrativen Aufgaben als mit dem eigentlichen Unterricht. Die Fokussierung auf Kompetenzen statt auf Wissensvermittlung führt zu aufwendigen Beurteilungsverfahren. Zudem wird die pädagogische Freiheit durch standardisierte Vorgaben eingeschränkt.

- **Das katastrophale Scheitern des integrativen Unterrichts:** Der integrative Unterricht hat in der Praxis zu chaotischen Zuständen geführt, die das Lernen für alle Beteiligten erschwert haben. Der integrative Unterricht baut Leistung und Leistungswille in der Schule ab und erschwert gerade den Schwächen das Lernen.
- **Internationale Einflüsse: Konkrete Beispiele der Fremdbestimmung:** Immer mehr werden sogenannte Reformen von internationalen Einflüssen oder Gremien vorangetrieben. Dabei ist Volksschulbildung eine lokale, persönliche Sache. Sie kann unmöglich internationalisiert werden. Zudem sind solche nationalistischen Einbettungen stets ein Verlust an Souveränität.
- **Woke Inhalte und Ideologisierung:** Implizit und explizit in den ganzen «Reformen» sind woke-Themen und Ideologisierung. Diese werden unter dem Mantel des Kompetenzerwerbs platziert. In Realität sind sie nur politischer Aktivismus an den Schulen. Sie vermitteln ein einseitiges Bild und verwässern den echten Auftrag der Volksschule.
- **Die Machtanmassung der EDK:** Die Eidgenössische Erziehungsdirektoren-Konferenz masst sich Aufgaben und Rollen zu, die ihr nicht zustehen. Sie sollte lediglich den Austausch unter den Erziehungsdirektoren erleichtern. Stattdessen entwickelt sie sich zur vierten Staatsgewalt, obwohl sie hierfür kein demokratisch legitimiertes Mandat hat. Sie missbraucht ihre Rolle, indem sie den Kantonen Vorgaben macht.
- **Einseitige Digitalisierung als Irrweg:** Die Digitalisierung ist ein komplexer Prozess. Oft haben sich Schulen dem Zeitgeist preisgegeben. Statt den Prozess in seiner Vielschichtigkeit zu analysieren und zu überlegen, ob und was digitalisiert werden kann, haben sie Schülern ohne Vorbereitung in die Digitalisierung eingeführt und dabei viele andere Fähigkeiten verspielt.
- **Frühfremdsprachen als zusätzliche Hindernisse in der Sprachförderung:** Die Einführung von zwei Fremdsprachen in der Primarschule hat zu einem Bildungsdesaster geführt. Schüler brauchen fundierte Kenntnisse der Unterrichtssprache, um erfolgreich zu sein. Zwei Frühfremdsprachen sind dabei eine grosse Zusatzbelastung. Sie nehmen Stunden vom Fachunterricht weg und verwässern die Kenntnisse der Unterrichtssprache.
- **Abbau des Föderalismus und Ausbau der Zentralisierung:** Der Föderalismus ist ein System des Lernens. Er ist ein Wettbewerb der Ideen und Kantone können voneinander lernen, neue Ideen ausprobieren und rasch Fehler korrigieren. Immer mehr nationale Vereinheitlichung oder nationale Probleme schwächen diesen Ideenwettbewerb und führen so zu weniger Innovation und Qualität.

Teil 2. Lösungen: Für eine starke und zukunftsfähige Volksschule

2.1 Der Föderalismus hat Vorrang

Der Föderalismus ist eine Stärke der Schweiz. Er treibt einen Standort- und Systemwettbewerb zwischen den Kantonen an. Er ermöglicht dadurch Bürgernähe, Innovation und die Suche nach Qualität. Der Föderalismus ist insbesondere in der Bildungspolitik ein Trumpf. Entsprechend muss in der Bildungspolitik der Vorrang des Föderalismus gelten.

Kantone müssen in der Lage sein, Schulinhalte, Schulorganisationen und Lehrpläne zu entwickeln und umzusetzen. Umgekehrt darf der Bund das Schulwesen nicht regulieren. Artikel 62 der Bundesverfassung verankert die Kompetenzen für Schulen klar auf der kantonalen Ebene. Der Bund selbst hat eine eingeschränkte Kompetenz, bestimmte Rahmenbedingungen zu regeln, wenn sich die Kantone nicht koordinieren können.

Diese Kompetenz betrifft neben dem Beginn des Schuljahres ausschliesslich die Bereiche des Schuleintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen sowie der Anerkennung von Abschlüssen. Die Bundesverfassung qualifiziert diese Kompetenz nochmals, wenn sie im selben Artikel feststellt, dass die Kantone eine Mitwirkungspflicht mit «besonderem Gewicht» haben. Wichtig ist: Der Bund hat keine Kompetenz, Schulinhalte, Schulorganisation und Lehrpläne zu entwickeln oder umzusetzen – geschweige denn den Kantonen aufzudrücken.

Neben den ordnungspolitischen und formalen Aspekten kommt dem Vorrang des Föderalismus aufgrund der vielen mehrsprachigen Kantonen und Regionen des Landes eine besondere Rolle zu. Der Umgang mit Mehrsprachigkeit muss «bottom-up» erfolgen, und die besonderen Bräuche und Kulturen der Schweiz in der Schule müssen gerade in diesen Kantonen und Regionen pragmatisch und «bottom-up» geregelt werden. Es kann keine gesamtschweizerische und schon gar keine Einheitsbundeslösung für die mehrsprachigen Regionen und Kantone geben.

Kurzum: Der Föderalismus hat Vorrang. Dieser Vorrang gilt formal aufgrund der Bundesverfassung. Er ist wegen der verschiedenen Sprachen im Land besonders wichtig. Er ist auch inhaltlich entscheidend, damit die positiven Effekte des Wettbewerbs auch in der Volksschule zum Tragen kommen. Entsprechend gilt der Vorrang des Föderalismus auch für die in diesem angebrachten Forderungen.

2.2 Schüler müssen die Unterrichtssprache beherrschen

Ausreichende Kenntnisse der Unterrichtssprache müssen zur absoluten Voraussetzung für die Teilnahme am regulären Unterricht werden.

Ein Sprachtest vor dem Beginn der Volksschule muss obligatorisch werden. Kinder, die diesen Test nicht bestehen, müssen ein zusätzliches Jahr in einer Vorbereitungsklasse verbringen.

Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse müssen diese in speziellen Vorbereitungsklassen erwerben. Konkret bedeutet dies die Einführung von Deutsch-, Französisch-, Italienisch- oder Rumantsch-klassen (je nach Unterrichtssprache) dort, wo der hohe Migrantenanteil das Unterrichten in der Unterrichtssprache erschwert. Diese Klassen sollen intensiven Unterricht in der Unterrichtssprache (mindestens 20 Lektionen pro Woche) bieten und die Kinder systematisch auf den Regelunterricht vorbereiten.

Die Eltern müssen verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder die Unterrichtssprache ausreichend lernen, insbesondere durch den lückenlosen Besuch des Unterrichts. Fremdsprachige Kinder im vorschulpflichtigen Alter werden obligatorisch zum Besuch sprachlicher Frühförderung verpflichtet, in der sie ebenso gezielt wie spielerisch in die Landessprache eingeführt werden.

Familien, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, sollen Sanktionen erhalten, bis hin zum Entzug der Aufenthaltsbewilligung.

2.3 Die elterliche Verantwortung muss durchgesetzt werden

Eltern müssen wieder in die Pflicht genommen werden. Die Erziehung der Kinder ist primär Aufgabe der Familie, nicht des Staates. Dies erfordert klare Regeln und konsequente Durchsetzung.

Eltern müssen über die Fortschritte und Probleme ihrer Kinder informiert sein und aktiv an der Lösung von Problemen mitarbeiten. Eltern müssen mit der Schule kooperieren. Es sind Massnahmen zu entwickeln, um die Eltern für diese Kooperation zu gewinnen. Massnahmen müssen auch bei mangelnder Kooperation umgesetzt werden. Bei wiederholten Verstößen soll bei ausländischen Familien die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden.

Bei Gewaltdelikten oder schweren Disziplinproblemen müssen die Eltern zur Rechenschaft gezogen werden. Sie sollen für die Schäden aufkommen, die ihre Kinder verursachen.

2.4 Der Anteil fremdsprachiger Kinder in Schulklassen ist zu beschränken

Die unkontrollierte Masseneinwanderung muss gestoppt werden. Auch das Schulwesen ist davon betroffen. Denn es kann nicht unbegrenzt Integrationsleistungen erbringen, ohne dabei Schaden zu nehmen.

Eine Obergrenze für den Ausländeranteil in Schulklassen ist notwendig. Verschiedene Studien zeigen, dass die Unterrichtsleistung aller Schüler in einer Klasse, wenn mehr als ein gewisser Anteil fremdsprachiger Schüler darin ist, markant abnimmt. Das ist logisch: Wenn zu viele fremdsprachige Kinder in einer Klasse sind, ist die Integration unmöglich und die Bildungsqualität leidet.

In einer bedeutsamen Studie von Cattaneo und Wolter (2015)⁵ wird das Konzept dieser Schwellenwerte bei der Schulzusammensetzung dynamisch untersucht. Die Autoren identifizierten, dass positive Veränderungen in der Migrationspolitik teilweise darauf zurückzuführen waren, dass der Anteil der Schüler, die nicht die Testsprache sprechen, in vielen Schulen unter kritische Schwellenwerte gesenkt wurde, was sich negativ auf die Schülerleistungen auswirkt. Man kann heute von einem Schwellenwert von 30% der Schulkasse ausgehen.

Die Zuwanderung muss sich wieder an den Bedürfnissen der Schweiz orientieren. Nur qualifizierte Arbeitskräfte, die zur Gesellschaft beitragen können, sollen zugelassen werden. Die Zeit der unkontrollierten Einwanderung in die Sozialsysteme muss beendet werden.

2.5 Die individuelle Leistung ist zu honorieren

Die SVP fordert eine konsequente und umfassende Rückkehr zum Leistungsprinzip in der Schweizer Volksschule. Bildung erfolgt über Kopf, Herz und Hand und muss Menschen befähigen, das Leben eigenverantwortlich und erfolgreich zu gestalten. Dies erfordert klare, messbare Leistungsstandards sowie eine transparente und faire Beurteilung der Schülerleistungen.

Konkret bedeutet dies die sofortige Wiedereinführung der Notengebung ab der 2. Klasse in allen Kantonen. Die ideologisch motivierte Abschaffung der Noten in verschiedenen Kantonen hat zu einer Verwässerung der Leistungsansprüche geführt. Kinder brauchen klare Rückmeldungen zu ihren Leistungen, um sich orientieren und verbessern zu können.

Die Wiedereinführung von Jahrgangsklassen ist unerlässlich. Das Experiment mit altersgemischten Klassen hat sich als Irrweg erwiesen, der sowohl schwächere als auch stärkere Schüler benachteiligt. In traditionellen Jahrgangsklassen können Lehrpersonen gezielt auf das Entwicklungsniveau der Kinder eingehen und angemessene Lernziele setzen.

Leistungstests und Vergleichsprüfungen müssen wieder eingeführt werden, um objektive Massstäbe zu schaffen. Diese Tests sollen nicht zur Diskriminierung dienen, sondern zur Qualitätssicherung und zur Identifikation von Förderbedarf. Schulen, die gute Resultate erzielen, sollen als Vorbilder dienen und ihre Methoden anderen Schulen zugänglich machen.

⁵ Cattaneo, M. A., & Wolter, S. C. (2015). Better migrants, better PISA results: Findings from a natural experiment. *IZA Journal of Development and Migration*, 4(1), 1-19.

2.6 Die Volksschule muss sich aufs Wesentliche konzentrieren

Die Volksschule muss sich wieder auf ihre Kernaufgabe besinnen: die Vermittlung von solidem Grundwissen und fundamentalen Fertigkeiten. Konkret geht es um Rechnen, Lesen und Schreiben.

Im Bereich der Mathematik muss das Kopfrechnen wieder einen zentralen Stellenwert erhalten. Kinder müssen das kleine und grosse Einmaleins auswendig können, bevor sie mit Taschenrechnern arbeiten. Zum Beispiel: Täglich 15 Minuten Kopfrechnen und die Schüler erreichen überdurchschnittliche Mathematikleistungen.

In der Sprachförderung muss die Rechtschreibung wieder systematisch geübt werden. Das Konzept «Schreiben nach Gehör» hat zu einer Generation von Schülern geführt, die nicht korrekt schreiben können. Stattdessen müssen bewährte Methoden wie Diktate, Rechtschreibübungen und systematisches Grammatiktraining wieder eingeführt werden.

Das Auswendiglernen von Gedichten, Liedern und wichtigen Texten muss wieder gefördert werden. Diese Methode trainiert das Gedächtnis und vermittelt kulturelles Wissen. Generell muss viel mehr auf das Internalisieren und Trainieren – inklusive Repetieren – des Gelernten gesetzt werden. Schüler müssen nicht nur lernen, sondern sich das Gelernte zu eigen machen.

Die Volksschule ist nicht der Ort für pseudowissenschaftliche «woke» und «Genderthemen». Insbesondere ist auf unkorrekte, dem Deutschen fremde, Satzzeichen innerhalb von Wörtern und umständliche Formulierungen aus ideologischen Gründen zu verzichten. Extremistische Ideologien rund um LGBTQ+-Themen haben insbesondere in der Primarschule keinen Platz. Die Sexualerziehung liegt primär in der Verantwortung der Eltern. Die Schule kann unterstützend wirken, jedoch muss die elterliche Erziehungskompetenz gewahrt bleiben. Die Thematisierung von Geschlechtsidentität und sexueller Präferenz ist nicht Sache der Schule.

2.7 Die Lehrperson ist zu stärken

Die Lehrperson muss wieder als respektierte Autorität im Klassenzimmer etabliert werden. Dies erfordert sowohl strukturelle Veränderungen als auch eine Stärkung der gesellschaftlichen Wertschätzung für den Lehrerberuf.

Konkret müssen Lehrpersonen wieder das Recht erhalten, störende Schüler aus dem Unterricht zu entfernen, ohne dabei langwierige bürokratische Verfahren durchlaufen zu müssen. Ein Beispiel aus dem Kanton Schwyz zeigt, wie das funktioniert: Dort können Lehrpersonen störende Schüler sofort in einen separaten Raum verweisen, in dem sie unter Aufsicht arbeiten müssen.

Die administrative Belastung der Lehrpersonen muss drastisch reduziert werden. Statt täglich Stunden mit Formularen und Dokumentationen zu verbringen, sollen Lehrpersonen wieder Zeit

für die Unterrichtsvorbereitung und die individuelle Betreuung der Schüler haben. Eine Reduktion der Bürokratie um mindestens 50 Prozent ist realistisch und notwendig.

Disziplinmassnahmen müssen wieder möglich und wirksam sein. Nachsitzen, zusätzliche Aufgaben oder temporärer Schulausschluss sind bewährte Mittel, die ihre Wirksamkeit nachgewiesen haben. Die Angst vor «Diskriminierungsvorwürfen» darf nicht dazu führen, dass Disziplinlosigkeit toleriert wird.

2.8 Der integrative Unterricht ist gescheitert und muss beendet werden

Der integrative Unterricht muss umgehend beendet und durch bewährte, differenzierte Strukturen ersetzt werden. Die Wiedereinführung von Sonderklassen für Schüler mit besonderen Bedürfnissen ist unerlässlich.

Konkret bedeutet dies die Schaffung spezialisierter Klassen für unterschiedliche Bedürfnisse: Kleinklassen für lernschwache Schüler, Förderklassen für Hochbegabte, Verhaltensklassen für Schüler mit Disziplinproblemen und Sprachklassen für fremdsprachige Kinder. Diese Differenzierung ermöglicht es, jeden Schüler optimal zu fördern.

Die Klassengrössen müssen reduziert werden, aber nicht durch teure Doppelbesetzungen, sondern durch eine effiziente Klassenaufteilung. Optimal sind Klassen mit 18-20 Schülern, in denen eine Lehrperson effektiv arbeiten kann.

2.9 Der Lehrplan 21 ist konsequent zu überarbeiten

Der Lehrplan 21 muss vollständig überarbeitet und drastisch verschlankt werden. Statt 300 vager Kompetenzen braucht es klare, verständliche Lernziele, die sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Ein neuer Lehrplan sollte nicht mehr als 50 Seiten umfassen und in verständlicher Sprache verfasst sein. Die Lernziele müssen konkret und messbar formuliert werden. Beispiel: «Die Schüler können das kleine Einmaleins fehlerfrei aufsagen» statt «Die Schüler verfügen über Kompetenzen in den mathematischen Grundoperationen».

Die Fächerstruktur muss wieder klar gegliedert werden. Statt schwammiger «Kompetenzbereiche» braucht es traditionelle Fächer: Deutsch (oder die Unterrichtssprache je nach Landesteil), Mathematik, Naturkunde, Geschichte, Geografie, Musik, Zeichnen, Turnen und Handarbeit. Auch die Geschichte und die Bräuche der Schweiz sind im Unterricht zu vermitteln. Diese Struktur hat sich über Jahrzehnte bewährt und ist für alle Beteiligten verständlich.

Die Stundentafel muss wieder ausgewogen gestaltet werden. Die Sprache des Landesteils und die Mathematik müssen den grössten Anteil erhalten, gefolgt von den anderen Grundfächern. Ideologische Fächer wie «Bildung für nachhaltige Entwicklung» haben in der Volksschule nichts zu suchen.

2.10 Die Qualität der Schule ist durch externe Evaluatoren zu sichern

Ein System der externen Qualitätskontrolle muss eingeführt werden, um die Bildungsqualität zu überwachen und zu verbessern. Dies kann von kantonalen Bildungsinspektoren erfolgen, die regelmässig Schulen besuchen und bewerten.

Diese Inspektoren sollen nicht bürokratische Prozesse kontrollieren, sondern die tatsächliche Unterrichtsqualität beurteilen. Sie sollen Unterrichtsstunden besuchen, Schülerleistungen prüfen und konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreiten.

Schulen, die gute Resultate erzielen, sollen belohnt werden, während Schulen mit schlechten Leistungen zusätzliche Unterstützung erhalten. Es ist zu erwägen, wie ein Schulranking nach Leistungskriterien den Wettbewerb fördern und die Qualität verbessern kann.

2.11 Der Bildungsföderalismus ist zu fördern – nationale Programme sind abzubauen

Die Bildungshoheit muss wieder vollständig an die Kantone zurückgegeben werden. Die schleichende Zentralisierung durch die EDK muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.

Jeder Kanton soll wieder das Recht haben, seinen eigenen Lehrplan zu erstellen, seine eigenen Lehrmittel zu wählen und seine eigenen Bildungsstandards zu setzen. Der Wettbewerb zwischen den Kantonen würde zur Qualitätssteigerung beitragen.

Die Rolle der EDK muss auf die ursprüngliche Koordinationsfunktion beschränkt werden. Sie darf keine verbindlichen Vorgaben mehr machen und keine Sanktionen gegen Kantone verhängen, die eigene Wege gehen wollen – auch nicht auf informeller Weise.

Die Schweiz muss sich von der Bevormundung durch internationale Organisationen befreien. PISA-Tests und andere internationale Vergleiche sollen nicht mehr als Grundlage für Bildungsreformen dienen.

Die Schweizer Bildungstradition ist erfolgreich und hat sich bewährt. Sie braucht keine «Modernisierung» nach den Vorgaben der OECD oder der UNESCO. Im Gegenteil: Andere Länder sollten von der Schweiz lernen, nicht umgekehrt.

Die Teilnahme an internationalen Bildungsprogrammen soll freiwillig werden. Kantone, die sich daran beteiligen wollen, können dies tun, aber kein Kanton soll dazu gezwungen werden.

2.12 Die Lehrerausbildung muss praxisorientiert sein

Die Lehrerausbildung muss grundlegend reformiert werden. Statt theoretischer Bildungswissenschaft braucht es mehr Praxis und Fachwissen.

Alle Dozenten an Pädagogischen Hochschulen müssen mindestens fünf Jahre Unterrichtserfahrung als Klassenlehrer haben. Theoretiker ohne Praxiserfahrung sollen keine Lehrer ausbilden dürfen.

Das Studium muss wieder stärker auf Fachwissen ausgerichtet werden. Ein Primarlehrer muss solide Kenntnisse in der Unterrichtssprache und in Mathematik haben, bevor er pädagogische Theorien lernt.

Die Überakademisierung des Lehrerberufs muss gestoppt werden. Ein Bachelor-Abschluss genügt für Primarlehrer, ein Master ist nicht notwendig. Wichtiger sind praktische Fähigkeiten und die Freude am Umgang mit Kindern.

2.13 Die Finanzierung der Schule muss auf Effizienz und Ergebnisse fokussieren

Die Bildungsausgaben müssen konsequent auf tatsächlich bildungsrelevante Bereiche konzentriert werden. Statt Geld für Bürokratie und ideologische Programme zu verschwenden, müssen die Mittel in qualifizierte Lehrpersonen und bewährte Lehrmittel investiert werden.

Ein möglichst hoher Anteil der für die Schule veranschlagten finanziellen Mittel muss in den Unterricht einfließen. Ausgaben für Verwaltung, Beratung und Projekte, die teilweise sehr fragwürdig sind, müssen reduziert werden. Eine Reduktion der Ausgaben für Bildungsberater, Coaches und externe Experten macht Mittel frei für Lehrmittel, kleinere Klassen und Bauten.

2.14 Es braucht eine leistungsorientierte Mittelverteilung

Die Mittelverteilung sollte sich an den tatsächlichen Bildungsleistungen orientieren. Schulen und Kantone, die gute Resultate erzielen, sollten belohnt werden, während schlecht abschneidende Systeme ihre Methoden überdenken müssen.

Ein Bonus-System für erfolgreiche Schulen würde Anreize für Qualitätssteigerungen schaffen. Schulen, die ihre Leistungen verbessern, könnten zusätzliche Mittel erhalten, um ihre erfolgreichen Methoden auszubauen.

Gleichzeitig müssen Schulen, die trotz hoher Ausgaben schlechte Ergebnisse erzielen, ihre Strategien überdenken. Eine externe Beratung durch erfolgreiche Schulen könnte dabei helfen, bewährte Praktiken zu übernehmen.

2.15 Es braucht Offline-Inhalte, Interaktionen und handwerkliches Tun

Zu viel Bildschirmzeit, insbesondere im Primarschulalter, verkürzt die Aufmerksamkeitsspanne und beeinträchtigt den Lernerfolg. Die Handynutzung sollte während der Schulzeit vollständig verboten werden. Smartphones sind eine ständige Ablenkung und hindern Kinder daran, sich auf den Unterricht zu konzentrieren.

Der Einsatz digitaler Mittel soll gezielt und begrenzt erfolgen. Digitale Werkzeuge dürfen den persönlichen Kontakt zwischen Lehrpersonen und Schülern sowie den traditionellen Unterricht nicht ersetzen.

Die Schule muss die Schüler dazu bringen, miteinander zu arbeiten, zu spielen und zu reden. In der Schule werden Schüler vergesellschaftet und lernen die Werte, Regeln und Institutionen des Miteinanders kennen.

Genauso wichtig sind die haptischen Fähigkeiten, also das handwerkliche, zeichnerische, werkende Tun. Schüler müssen lernen, mit den eigenen Händen Dinge herzustellen, denn damit werden ihnen viele Möglichkeiten für die Zukunft eröffnet. Auch das ist ein wichtiger Teil des Lernens.

Die handwerklichen Fächer wie Werken, Hauswirtschaft und Handarbeit müssen wieder gestärkt werden. Diese Fächer vermitteln praktische Fähigkeiten und fördern die Kreativität. Sie sind auch wichtig für die Berufsorientierung und zeigen den Schülern alternative Wege zur akademischen Laufbahn auf.

In vielen Schulen wurden diese Fächer zugunsten der Digitalisierung abgeschafft oder reduziert. Dies ist ein Fehler, der korrigiert werden muss. Kinder brauchen haptische Erfahrungen und müssen lernen, mit ihren Händen zu arbeiten.

2.16 Talentförderung muss Teil des schulischen Auftrags sein

Neben der Behebung von Defiziten muss die Schule auch Begabungen und Talente fördern. Hochbegabte Kinder werden im aktuellen System oft vernachlässigt und langweilen sich dabei. Dies ist eine Verschwendug von Potential, die sich die Schweiz nicht leisten kann.

Spezielle Förderklassen für hochbegabte Schüler müssen wieder eingeführt werden. Diese Kinder brauchen anspruchsvollere Aufgaben und ein höheres Lerntempo. In einer Zürcher Schule wurde eine Hochbegabtenklasse eingerichtet, und die Resultate sind beeindruckend: Die Schüler sind motiviert, zeigen hervorragende Leistungen und entwickeln ihre Potentiale optimal.

Auch in den Regelklassen muss Differenzierung möglich sein. Starke Schüler sollen zusätzliche Aufgaben erhalten, während schwächere Schüler mehr Unterstützung erhalten. Dies erfordert kleinere Klassen und mehr Flexibilität im Unterricht.

Wettbewerbe und Olympiaden in verschiedenen Fächern sollen gefördert werden. Diese motivieren die Schüler zu Höchstleistungen und zeigen, dass Leistung belohnt wird. Die Schweiz hat eine lange Tradition in Mathematik- und Naturwissenschaftsolympiaden, die wieder gestärkt werden muss.

2.17 Frühe Berufsorientierung schafft Perspektiven

Die Berufsorientierung muss bereits in der Primarschule beginnen. Kinder sollen verschiedene Berufe kennenlernen und verstehen, welche Fähigkeiten dafür notwendig sind. Dies hilft ihnen bei der späteren Berufswahl und motiviert sie zum Lernen.

Betriebsbesichtigungen, Berufsmessen und Gespräche mit Berufsleuten sollen regelmässig stattfinden. Die Schüler müssen verstehen, dass nicht alle Wege über das Gymnasium führen und dass handwerkliche Berufe ebenso wertvoll sind wie akademische.

Die duale Berufsbildung ist ein Erfolgsmodell der Schweiz und muss gestärkt werden. Schon in der Volksschule muss für diese Ausbildungsform geworben werden. Praktika und Schnupperlehren sollen gefördert und unterstützt werden.

2.18 Die Kinder müssen in Bewegung bleiben

Die körperliche Gesundheit der Kinder muss wieder mehr Beachtung finden. Der Sportunterricht muss wieder ernst genommen und nicht für andere Fächer geopfert werden. Drei Lektionen Sport pro Woche sind das Minimum. Zusätzliche Bewegungspausen und aktive Erholung müssen in den Schulalltag integriert werden.

3. Fazit: Besinnung auf schweizerische Stärken

Die Schweiz hat ein historisch gewachsenes Bildungssystem mit vielen Stärken, die nicht leichtfertig aufgegeben werden sollten. Die duale Berufsbildung, der Föderalismus und die Nähe zwischen Schule und Gemeinde sind Erfolgsmodelle, die international bewundert werden.

Statt diese Stärken zu schwächen, sollten sie ausgebaut und modernisiert werden. Die Schweiz braucht keine Revolution im Bildungswesen, sondern eine Evolution, die das Bewährte erhält und behutsam weiterentwickelt.

Die kleinräumigen Strukturen der Schweiz ermöglichen es, schnell auf Probleme zu reagieren und innovative Lösungen zu entwickeln. Diese Flexibilität ist ein Vorteil, der nicht durch Zentralisierung zerstört werden darf.

Die Schweizer Volksschule steht an einem Wendepunkt. Entweder gelingt es, die notwendigen Reformen durchzuführen und das System zu sanieren, oder die Bildungsqualität wird weiter sinken und die Zukunft unserer Kinder gefährden.

Die SVP hat mit diesem Positionspapier einen umfassenden Reformplan vorgelegt, der auf bewährten Prinzipien basiert und praktikable Lösungen anbietet. Diese Vorschläge sind weder radikal noch unrealistisch, sondern orientieren sich an dem, was in der Vergangenheit funktioniert hat und in anderen erfolgreichen Bildungssystemen praktiziert wird.

Der Handlungsauftrag ist klar:

1. Rückbesinnung auf die Kernfunktion: Die Qualifikationsfunktion der Schule muss wieder zum Primat erklärt werden.
2. Beseitigung der Ideologie: Ideologisch bedingte Desorganisation muss beseitigt werden.
3. Wiederherstellung der Systemeffizienz: Es braucht Massnahmen zur Systemsteuerung und zur Sicherung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Die Umsetzung dieser Reformen erfordert politischen Mut und die Bereitschaft, sich gegen Widerstand durchzusetzen. Viele Interessengruppen werden versuchen, die notwendigen Veränderungen zu verhindern, weil sie von den aktuellen Zuständen profitieren.

Die Zeit des Zögerns und Experimentierens ist vorbei. Jetzt ist die Zeit zum Handeln gekommen. Die Schweizer Volksschule kann und muss wieder zu einem Erfolgsmodell werden, das andere Länder bewundern und nachahmen wollen.

Anhang: Übersicht und Gruppierung der Forderungen im 2. Teil

Gruppe	Forderung	Ziel
I. Kernkompetenzen und Leistungsprinzip	2.5 Die individuelle Leistung ist zu honorieren (Noten, Jahrgangsklassen)	Stärkung der Qualifikation
	2.6 Die Volksschule muss sich aufs Wesentliche konzentrieren (Rechnen, Lesen, Auswendiglernen)	
	2.9 Der Lehrplan 21 ist konsequent zu überarbeiten (klare, messbare Lernziele)	
II. Föderales Steuerungssystem und Effizienz	2.1 Der Föderalismus hat Vorrang (keine Regulierung durch den Bund)	Behebung der Desorganisation
	2.9 Der Lehrplan 21 ist konsequent zu überarbeiten (Verschlankung, Ende des Kompetenz-Kauderwelschs)	
	2.8 Der integrative Unterricht ist gescheitert und muss beendet werden (Wiedereinführung Sonderklassen)	
	2.11 Der Bildungsföderalismus ist zu fördern (EDK-Rolle zurückfahren)	
III. Gezielte Integration und Systemresilienz	2.2 Schüler müssen die Unterrichtssprache beherrschen (Sprachtest, Vorbereitungsklassen)	Systemsteuerung und -stabilisierung
	2.4 Der Anteil fremdsprachiger Kinder in Schulklassen ist zu beschränken (Obergrenze)	
IV. Stärkung Lehrerprimats des und normative Klarheit	2.18 Die Kinder müssen in Bewegung bleiben (3 Lektionen Sport, Bewegungspausen)	Stärkung der Sozialisation
	2.3 Die elterliche Verantwortung muss durchgesetzt werden (Sanktionen, obligatorische Elternabende)	
	2.7 Die Lehrperson ist zu stärken (Recht, störende Schüler zu entfernen, Bürokratie reduzieren)	
	2.10 Die Qualität der Schule ist durch externe Evaluatoren zu sichern (Kontrolle Unterrichtsqualität)	
	2.16 Talentförderung muss Teil des schulischen Auftrags sein (Förderung der Stärksten)	

V. Zukunftsorientierte Ressourcenallokation	2.12 Die Lehrerausbildung muss praxisorientiert sein (5 Jahre Unterrichtserfahrung für Dozenten)	Ökonomische Treiber
	2.13 Die Finanzierung der Schule muss auf Effizienz und Ergebnisse fokussieren (Stopp der Geldverschwendungen)	
	2.14 Es braucht eine leistungsorientierte Mittelverteilung (Bonus-System für erfolgreiche Schulen)	
	2.15 Es braucht Offline-Inhalte, Interaktionen und handwerkliches Tun (Handyverbot, Stärkung Werken)	
	2.17 Frühe Berufsorientierung schafft Perspektiven (duale Berufsbildung stärken)	